

9. Sitzung vom 4. November 2010

Beginn der Sitzung:	20.00 Uhr
Vorsitz:	Hogg Werner, Präsident
Protokoll:	Müller Daniel, Sekretär
Stimmzähler:	Larcher Adrian Wiederkehr Irene Wittwer Stephan
Anwesend:	33 Mitglieder
Abwesend:	Bayer Ueli Kiwic Anton Wiederkehr Josef
Behördenvertreter:	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat
Weibeldienst:	Kpl Büchi Ueli Kpl Koch Marco

Mitteilungen

- a) Catherine Peer hat am 7. Oktober 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Unterstand und Sitzgelegenheit Bushaltestellen "Sommerau" eingereicht.
- b) Catherine Peer hat am 7. Oktober 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Planungskosten Entwicklung "SLS" eingereicht.
- c) Catherine Peer hat am 7. Oktober 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Hecken entlang der oberen Reppisch eingereicht.
- d) Cécile Mounoud hat am 11. Oktober 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Massnahmen gegen leer stehende Lokalitäten eingereicht.
- e) Josef Wiederkehr hat am 21. Oktober 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Stand Kostenbereinigung Altlastensanierung Schellerareal eingereicht.
- f) Die Interpellation von Trudi Frey und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Ordnung auf öffentlichen Grillplätzen wurde vom Stadtrat am 25. Oktober 2010 beantwortet.
- g) Cécile Mounoud und 4 Mitunterzeichnende haben am 29. Oktober 2010 eine Interpellation betreffend Linienführung Stadtbahn Limmattal eingereicht.
- h) Pius Meier hat am 29. Oktober 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) eingereicht.

9. Sitzung vom 4. November 2010

- i) Rolf Steiner hat am 29. Oktober 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Behördenentschädigung eingereicht.
- j) Ueli Bayer hat am 1. November 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Park- und Halteverbot vor Hydranten eingereicht.
- k) Ueli Bayer hat am 1. November 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Zeitungsinserte Limeco eingereicht.
- l) Ueli Bayer hat am 1. November 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Blaue Zone Parkplätze Hotel Sommerau eingereicht.
- m) Die Kleine Anfrage von Julia Neuenschwander betreffend Chilbi 2010 wurde vom Stadtrat am 1. November 2010 beantwortet.
- n) Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 9. Dezember 2010 voraussichtlich als Doppelsitzung statt.

Traktandenliste

Es werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 7. Oktober 2010 wurden keine Berichtigungsanträge eingereicht.

GV4.321.9. Traktandenlisten, Einladungen, Termine

Fragestunde

Der Vorsitzende ersucht die Ratsmitglieder, die eingereichten Fragen kurz zu stellen. Es sind keine feststellenden Bemerkungen, sondern lediglich Fragen erlaubt. Direkt im Anschluss wird der jeweilige Abteilungsvorstand die Frage mündlich beantworten. Gemäss Geschäftsordnung besteht nach jeder Antwort Gelegenheit zur Diskussion, an der auch Zusatzfragen gestellt werden können. Die Redezeit ist dabei auf fünf Minuten beschränkt.

Da zu verschiedenen Themen weitgehend identische Fragen eingereicht wurden, werden diese zusammengefasst.

Verwaltungsrat BDB

Rolf Steiner (SP) stellt die Fragen:

Ist das Schweizerische Handelsregister nicht nachgeführt oder trifft es tatsächlich zu, dass die Stadt Dietikon im Verwaltungsrat der BDB nicht mehr vertreten ist?

Wenn ja, welches ist die Begründung dafür und findet diese der Stadtrat stichhaltig?

Wie will der Stadtrat dafür sorgen, dass die Anliegen der grössten Stadt am Liniennetz der BDB und ihrer Einwohnenden im Verwaltungsrat und bei der Geschäftsleitung der Bahn trotzdem wahr- und ernst genommen werden?

9. Sitzung vom 4. November 2010

Trudi Frey (SVP) stellt die Frage:

Wer vertritt die Stadt Dietikon im Verwaltungsrat der Bremgarten-Dietikon-Bahn anstelle von Gertrud Disler?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass Abklärungen bei den SBB ergeben haben, dass es sich beim kürzlich in der Limmattaler Zeitung erschienen Bericht um eine Zeitungssente handelte. Der Bahnhof Dietikon ist ein sogenannter A-Bahnhof. Diese werden nicht unbemannt geführt. Es wurde für Umbauten bereits ein Baugesuch eingereicht.

Seit dem Ausscheiden von Gertrud Disler aus dem Stadtrat ist die Stadt Dietikon im Verwaltungsrat der BDWM nicht mehr vertreten. Die Begründung hängt mit der Eignerstrategie des Kantons Aargau zusammen, d. h. der Kanton Aargau verlangt, dass die Verwaltungsräte von Gesellschaften, bei denen er eine grosse Beteiligung hat, nach fachlichen Qualifikationen zusammengesetzt werden.

Der Stadtrat hat zwar eine Person aus seinen Reihen gemeldet, die dann vom Verwaltungsrat der Generalversammlung – ohne Wissen des Stadtrates – nicht vorgeschlagen wurde. Dieses Vorgehen ist nicht akzeptabel, die Begründung nicht stichhaltig und hat zu einer Protestnote des Stadtrates zuhanden der BDWM und zu einem Gespräch mit dem dafür zuständigen Aargauer Regierungsrat Peter C. Beyeler geführt.

Daraufhin wurde der Stadt Dietikon zugesichert, dass sie bei der nächsten Ersatzwahl im Frühling 2011 wieder Einsitz im Verwaltungsrat nehmen kann. In der Übergangszeit werden die Anliegen der Stadt im Rahmen der neu eingeführten Gemeindegänge (erstmalig am 2. Dezember) eingebracht und durch die Möglichkeit von direkten Kontakten zum Verwaltungsratspräsidenten durch den Stadtpräsidenten wahrgenommen.

Live-Club Sounddock 14

Thomas Wirth (EVP) stellt folgende Fragen:

Ist dem Stadtrat daran gelegen, dass eine Lokalität wie das Sounddock14 mit qualitativ hochstehendem Angebot an Live-Musik mit nationaler und internationaler Ausstrahlung als Ergänzung zum bestehenden Kulturangebot der Stadt auch weiterhin in Dietikon ansässig ist?

Was für Anstrengungen wurden gegenüber der Betreiberfamilie des Sounddock 14 unternommen, um eine Lösung in Dietikon auch nach der Kündigung des Mietvertrages an der jetzigen Adresse zu finden?

Alfons Florian (SVP) stellt die Frage:

Dem Sounddock14 wurde früher als versprochen die Räumlichkeiten in Dietikon gekündigt. Was hat und wird die Stadt unternehmen, damit das Sounddock14 in Dietikon verbleibt und weiterhin Kulturveranstaltungen für eine breite Bevölkerungsschicht durchgeführt werden?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass das Sounddock14 ein privater Club ist. Der Stadtrat würde es begrüßen, wenn das Sounddock14 in Dietikon bleibt und weiterhin zur kulturellen Vielfalt beiträgt. Dem Sounddock14 gelingt es, bekannte Künstler nach Dietikon zu holen und damit auch den Namen unserer Stadt nach aussen zu tragen. Es fanden bereits mehrere Gespräche mit dem Vermieter statt. Die Standortförderung bietet Unterstützung bei der Standortsuche, vermittelt

9. Sitzung vom 4. November 2010

Kontakte. Die Stadt hat auch das Gespräch mit der Grundeigentümerin EKZ gesucht. Die Gründe für die Kündigung der Lokalitäten liegen beim Eigenbedarf der EKZ, was absolut legitim ist. Die Kündigung war voraussehbar. Das Sounddock14 hat der Stadt ein Konzept für ein Kulturzentrum Güterbahnhof eingereicht, die Stadt ist bereit, diese Variante zu prüfen, sobald eine Betriebsrechnung vorliegt.

Die Aussage, dem Sounddock14 sei vorzeitig gekündigt worden, ist nicht korrekt. Die Grundeigentümerin EKZ hat das Pachtverhältnis fristgerecht (per Ende September 2010) aufgelöst, ist dem Sounddock14 aber noch mit einem Jahr Verlängerung (bis Ende September 2011) entgegengekommen.

Natelparkplatz

Gabriele Olivieri (CVP) stellt folgende Fragen:

Wer hat die Hinweistafel beim Parkplatz an der Kreuzung Bremgartner-Bernstrasse aufgestellt und was bedeutet sie?

Dürfen nur Leute hier parkieren, die ein Natel dabei haben?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass der Parkplatz an der Kreuzung Bremgartner-Bernstrasse im Besitz der Holzkooperation ist. Die Tafel mit den Parkiertarifen wurde von ihr aufgestellt. Da es sich um einen privaten Parkplatz handelt, ist die Bewirtschaftung Sache des Eigentümers. Offenbar ist eine Bezahlung der Parkgebühr nur via Mobiltelefon möglich.

Amtliche Publikationen

Gabriele Olivieri (CVP) stellt folgende Fragen:

Wie stellt der Stadtrat sicher, dass mindestens die wichtigsten amtlichen Publikationen, wie der Entsorgungskalender und das Stadtmagazin, alle Haushalte erreichen?

Oder bleiben sie nur den Abonnenten der Limmattaler Zeitung vorbehalten?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass diese beiden Kalender Teil des Stadtmagazins sind, das zweimal jährlich der Grossauflage der Limmattaler Zeitung beigelegt wird. Dies ist aus Kostengründen so organisiert. Alle Haushaltungen werden so bedient. Ebenso sind einzelne Exemplare in der Verwaltung erhältlich. Zudem werden die beiden Kalender auch auf die Internetplattform aufgeschaltet.

Briefmarkenautomat

Gabriele Olivieri (CVP) stellt folgende Frage:

Warum ist, nach der Renovierung der Post im Zentrum, der Briefmarkenautomat draussen nicht mehr da?

In Abwesenheit von Hochbauvorsteherin Esther Tonini antwortet *Stadtpräsident Otto Müller*, dass die Post auf die Aufstellung neuer Briefmarkenautomaten verzichtet. Sie begründet dies mit der Zunahme von E-Mails und dem damit verbundenen Rückgang der Briefpost.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Gabriele Olivieri bedauert diese Massnahme, weil damit im Zentrum von Dietikon eine Dienstleistung weniger angeboten wird.

Grenzstein

Gabriele Olivieri (CVP) stellt folgende Frage:

Wer ist zuständig für die Wiederaufrichtung des historischen, fünfseitigen Grenzsteines an der Reppisch, am Anfang vom Brügglweg, der seit Langem vom Sockel gekippt am Boden liegt?

Infrastrukturvorstand Roger Brunner antwortet, dass der Werkhof für die Wiederaufrichtung des Grenzsteines zuständig ist. Dieser wurde in den letzten Jahren erneut von Vandalen umgeworfen. Da es sich um Sandstein handelt, ist die Verbindung mit dem gebrochenen Sockel problematisch. Die Sanierungsmöglichkeiten des historischen Grenzsteines werden mit dem Bildhauer Ruedi Rempfler, welcher schon das Wegkreuz im Reppischhof und diverse Brunnen in Dietikon renoviert hat, geprüft. Eine Offerte ist noch ausstehend.

Pausenglocke Schulhaus Zentral

Peter Wettler (SP) stellt folgende Frage:

Kann sich der Stadtrat vorstellen, die schrille Pausenglocke des Schulhauses Zentral, die auch Gehässigkeit und Grimmigkeit fördert, durch ein wohlklingenderes Signal zu ersetzen?

Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani antwortet, dass das Anliegen aus Kostengründen nicht in den Finanzplan aufgenommen werden kann.

Kauf von Büchern

Peter Wettler (SP) stellt folgende Frage:

Deckt sich die Stadt (Bibliothek, Schule, Verwaltung) bei den örtlichen Buchhandlungen mit Büchern ein?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass die meisten Schulbücher und viele weitere Unterlagen über den Lehrmittelverlag des Kantons Zürich bezogen werden müssen. Die Schuleinheiten berücksichtigen beim Kauf von Sachbüchern oder Belletristik in den allermeisten Fällen jedoch die örtlichen Buchhändler. Die Bibliothek kauft ihre Bücher ebenfalls fast ausschliesslich in den ortsansässigen Buchhandlungen.

Natur im Siedlungsraum

Samuel Spahn (GP) stellt die Frage:

Aufgrund von einem Postulat von Samuel Spahn wurde ein Konzept betreffend "Natur im Siedlungsraum" in Aussicht gestellt. Wie weit sind die Arbeiten an diesem Konzept fortgeschritten?

9. Sitzung vom 4. November 2010

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass mit den Arbeiten noch nicht begonnen wurde. In der Legislaturplanung ist die Erarbeitung für das Jahr 2011 vorgesehen. Der Grund dafür ist, dass seit dem 1. November das Stadtplanungsamt im Einsatz ist. Die Ausarbeitung wird diesem Amt zugewiesen. Damit hat das stadtteigene Planungsamt die Federführung.

Samuel Spahn erkundigt sich, bis wann im Verlaufe des Jahres 2011 mit Resultaten zu rechnen ist.

Stadtpräsident Otto Müller erklärt, dass Ergebnisse in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres erwartet werden können.

Neophyten

Samuel Spahn (GP) stellt die Frage:

Was wird unternommen gegen die Ausbreitung von invasiven Neophyten?

Infrastrukturvorstand Roger Brunner antwortet, dass die Massnahmen gegen Ambrosia (RRB 699 vom 10. Mai 2006) unverändert weitergeführt werden und jeder Bestand bekämpft wird. Die Gemeinden erhalten als politisches Organ keine neuen Aufgaben, allerdings ist der Kanton auf eine funktionierende Zusammenarbeit angewiesen, wie z. B. die Meldung einer "Kontaktperson Neobiota", welche als Bindeglied zwischen Gemeinde und Kanton fungiert. In Dietikon ist die "Kontaktperson Neobiota" der Leiter Werkhof.

Massnahmen welche durch den Bund oder den Kanton erlassen worden sind (Sofortmassnahmen Bekämpfung Ambrosia, Meldung Befallsherde, Baustellencontrolling etc.) werden umgesetzt.

Samuel Spahn stellt fest, dass in den Naturschutzgebieten der Natur- und Vogelschutzverein daran ist, ein weiteres Unkraut zu jäten. Wurde diesbezüglich der Werkhof angefragt?

Infrastrukturvorstand Roger Brunner erklärt, dass er diese Frage nicht beantworten kann. Wenn der Werkhof angefragt wurde, wird dem Verein sicherlich geholfen.

Lärmemissionen RBL

Samuel Spahn (GP) stellt folgende Frage:

Die Gemeinde Oetwil will sich gegen die Lärmimmissionen durch den RBL zur Wehr setzen. Bestehen diesbezüglich Kontakte mit der Stadt Dietikon, um ein allfälliges Vorgehen gegen SBB Cargo zu koordinieren?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass direkte Kontakte zwischen den Gemeindepräsidenten bestehen. Am 22. November 2010 findet ein Gedankenaustausch in Form einer Arbeitssitzung zwischen dem Gemeinderat Oetwil an der Limmat und dem Stadtrat statt. Es gibt diverse Schnittstellen, wie z. B. Fluglärm, Gateway Limmattal, aber generell auch das Thema Rangierbahnhof Limmattal und die gesamte Verkehrsthematik. Diese Geschäfte stehen auf der Traktandenliste für die gemeinsame Sitzung.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Kulturleitbild

Samuel Spahn (GP) stellt folgende Frage:

Vor ca. 1 ½ Jahren wurden mit einem Inserat im Stadtmagazin Leute gesucht, die sich an der Entwicklung eines Kulturleitbildes für Dietikon beteiligen wollen. Was ist der aktuelle Stand in Sachen Kulturleitbild?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass das Leitbild erstellt ist und dem Stadtrat am 15. November 2010 zur Genehmigung unterbreitet wird. Danach soll es der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Anschliessend wird ein Massnahmenkatalog durch die Kulturkommission erarbeitet.

Restaurant Krone, Vermietung Obergeschosse

Julia Neuenschwander (EVP) stellt folgende Frage:

Seit diesem März ist das Restaurant Krone eröffnet. Wie weit ist die Stadt mit der Vermietung der drei Obergeschosse? Sind schon Mietverträge abgeschlossen worden?

Alfons Florian (SVP) stellt folgende Fragen:

Wie ist der Stand der Vermietung bzw. wie viele konkrete Anfragen sind eingegangen?

Was ist bisher für die Vermietung unternommen worden und was für künftige Massnahmen (nebst Ausbau von ½ Mio. Franken ohne Dachsanierung) sind geplant?

Wie hoch ist der bisherige Mietzinsausfall?

Finanzvorstand Rolf Schären antwortet, dass bis heute noch keine Geschäftsräume in den Obergeschossen vermietet werden konnten. Eingegangen sind 15 Anfragen. Die Hälfte dieser Interessenten kamen mehrere Male vorbei. Ein Interessent für zwei Geschosse und das Dachgeschoss hat sich leider vor einem Monat bei seinem endgültigen Standortentscheid für ein Objekt in der Stadt Zürich entschieden. Ein verbliebener Interessent konnte sich noch nicht entscheiden. Tatsächlich liegt der Grund der Nichtvermietung darin, dass die Räumlichkeiten nicht genügend ausgebaut sind.

Bis jetzt wurden folgende Vermietungsmassnahmen vorgenommen:

- Inserate in Tageszeitungen
- Inserate in Fachzeitschriften für Anwaltskanzleien, Ärzte
- Inserate Homegate
- Vermietungsbroschüre
- Eigene Homepage
- Mailing an ortsansässige Firmen
- Mailing an Anwaltskanzleien gesamtschweizerisch
- 2 Tage der offenen Tür
- Vorstellung der Räume anlässlich der Eröffnung der Taverne zur Krone
- Zusammenarbeit mit regionaler und örtlicher Standortförderung
- Vermietungsplakate
- Zusammenarbeit mit der Remax

Die Zusammenarbeit mit Remax löst keine Kosten aus. Erst wenn ein Vertrag vermittelt werden könnte, würden Kosten entstehen. Als weitere Massnahme wird die Zusammenarbeit mit einem externen Spezialisten evaluiert.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Falls die Räume ab 15. April 2010 (Zeitpunkt: Eröffnung Taverne) vollständig vermietet gewesen wären, hätte die Stadt Dietikon für das ganze Jahr 2010 Einnahmen in der Höhe von rund Fr. 150'000 erzielt.

Umweltfreundlicher Strom

Julia Neuenschwander (EVP) stellt folgende Frage:

Der Strom des Kehrlichtheizkraftwerks der Limeco wurde vor zwei Jahren mit dem Energie-Label "naturemade basic" zertifiziert. Seitdem wird der umweltfreundliche Strom im Netz eingespeist. Kauft die Stadt Dietikon für ihre Verwaltungsgebäude auch einen Teil dieses regionalen Dietiker Stroms ein?

Infrastrukturvorstand Roger Brunner antwortet, dass die Stadt Dietikon mit der Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der neuen Turnhalle Steinmürli Solarstrom produziert. Sie kauft via Solarstrombörse dem EKZ einen Teil davon ab. Im Zusammenhang mit dem Reaudit "Label Energiestadt" im nächsten Jahr wird auch geprüft, ob es sinnvoll ist, einen Teil des im Kehrlichtheizkraftwerk produzierten Stroms einzukaufen.

Internetanschluss Kindergärten

Max Wiederkehr (CVP) stellt folgende Frage:

Bei wie vielen Kindergärten in der Stadt Dietikon funktioniert der Internetanschluss, welcher die Stadt seit mehr als einem Jahr Monat für Monat bezahlt, noch nicht?

Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani antwortet, dass es in der Tat Probleme bei der Einführung des Computerkonzeptes bei den Kindergärten gab. In der Zwischenzeit konnten diese jedoch praktisch alle behoben werden und die Internetanschlüsse funktionieren.

Max Wiederkehr erklärt, dass ihm verbindlich bekannt ist, dass noch nicht alles einwandfrei funktioniert.

KBOB und Umweltstandards im Bauwesen

Lucas Neff (GP) stellt folgende Fragen:

Der KBOB als Vereinigung der öffentlichen Bauherren, wie Bund, Kantone und Gemeinden, stellt umfassend praktische Unterlagen jedermann gratis zur Verfügung. Sie publizieren z. B. auch das Honorar von Planern, Architekten usw.

Ist Dietikon Mitglied beim KBOB?

Nutzt Dietikon Leistungen des KBOB, im Speziellen aus dem Bereich der Umweltstandards, etwa das Eco-Devis?

Hat Dietikon eigene Umweltstandards für seine Bautätigkeiten?

In Abwesenheit von Hochbauvorsteherin Esther Tonini antwortet *Stadtpräsident Otto Müller*, dass die Stadt Dietikon nicht Mitglied der Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der

9. Sitzung vom 4. November 2010

öffentlichen Bauherren (KBOB) ist. Sie nutzt aber die öffentlich zugänglichen Informationen der KBOB, die z. B. das öffentliche Submissionswesen betreffen, und leitet einiges davon ab. Die Stadt Dietikon kennt keine eigenen Umweltstandards. Sie hält sich an die Empfehlungen der Fachverbände sowie an die gesetzlichen Standards und die Grundlagen, die die BZO liefert.

Lucas Neff will wissen, welches die Empfehlungen der Fachverbände sind, die die Stadt anwendet.

Stadtpräsident Otto Müller kann diese Frage spontan nicht beantworten.

Einsatz Unkrautvertilger

Lucas Neff (GP) stellt folgende Fragen:

Vorbeugend zur Vergiftung des Trinkwassers dürfen seit 2001 auch auf privaten Strassen, Wegen, Plätzen, Dächern und Terrassen keine Unkrautvertilger (Herbizide) mehr eingesetzt werden. Zu beobachten ist in Dietikon aber anderes.

Wie wird diese Schutzvorschrift in Dietikon umgesetzt?

Gibt es Kontrollen der Umsetzung, auch bei Privaten, Institutionen und Firmen?

Wie soll vorgegangen werden, wenn Missbrauch von Herbiziden festgestellt wird?

Infrastrukturvorstand Roger Brunner antwortet, dass der Herbizideinsatz durch den Werkhof punktuell und gezielt (z. B. Brombeeren, Neophyten) erfolgt. Der Einsatz erfolgt ausschliesslich durch den Vorarbeiter Gartenbau, welcher die nötige Fachbewilligung besitzt. Gemäss Art. 21 des Familiengartenreglements ist der Gebrauch von chemischen Unkrautvertilgern verboten.

Die Abteilung Infrastruktur führt keine Kontrollen durch.

Als Erstes ist zu empfehlen, mit der Fachstelle Pflanzenschutz (Strickhof, eine Abteilung des Amtes für Landschaft und Natur (ALN) der Baudirektion Kanton Zürich) Kontakt aufzunehmen. Die Fachstelle Pflanzenschutz ist eine neutrale und unabhängige Stelle sowie ein kompetenter Ansprechpartner für Fragen rund um Pflanzenschutzmittel und Bekämpfungsstrategie.

Lucas Neff fragt, ob es der Stadtrat begrüssen würde, wenn in Dietikon kein Unkrautvertilger mehr gespritzt wird.

Infrastrukturvorstand Roger Brunner erklärt, dass der Stadtrat dies selbstverständlich begrüssen würde. Die Mittel sind aber überall erhältlich, weshalb eine Eindämmung schwierig sein dürfte.

Hallenbad Luberzen

Stephan Wittwer (SVP) stellt folgende Fragen:

Wie hoch sind die Investitionskosten in der laufenden Legislaturperiode für das Hallenbad Luberzen?

Ist die Schliessung des Hallenbad Luberzen ein Thema?

Sind bereits Gespräche mit Schlieren und Urdorf über einen möglichen Hallenbad-Neubau im Raum Schönenwerd geführt worden oder sind solche Gespräche geplant?

9. Sitzung vom 4. November 2010

Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani antwortet, dass im Investitionsplan für das Lernschwimmbecken Luberzen folgende Beträge vorgesehen sind:

2010:	Fr. 50'000	(Infrarot-Lampe für Aufbereitung des Wassers)
2013:	Fr. 100'000	(Wasserleitungen)
2014:	Fr. 200'000	(Wasserleitungen)
Später:	Fr. 1'050'000	(schon lange im Investitionsplan für eine Generalrevision)

Die Schliessung des Hallenbads Luberzen ist kein Thema. Wenn man die Studentafel anschaut, sieht man, dass das Hallenbad täglich besetzt ist. Eine Ausnahme bilden die Mittagspausen. Am Freitag ist das Hallenbad bis 15.00 Uhr belegt.

Mit Schlieren und Urdorf wurden über einen möglichen Hallenbad-Neubau im Raum Schönenwerd keine Gespräche geführt und sind auch nicht geplant. Im Rahmen der Schulraumplanung ist das Hallenbad Luberzen aufgeführt und dessen Betrieb ist weiterhin vorgesehen.

Baubewilligung für das Aufstellen eines Zelt

Roger Bachmann (SVP) stellt folgende Fragen:

Die Limmattaler Zeitung hat heute morgen die erste Frage schon fast beantwortet. Die Fragen werden trotzdem noch gestellt.

Wird für das dauerhafte Aufstellen eines Zelt vor einem (Gastronomie-)Betrieb – wie seit einiger Zeit an diversen Orten zu beobachten – eine Bewilligung benötigt?

Falls ja, verfügen alle betreffenden Betriebe über die entsprechende Erlaubnis?

Adrian Larcher (GP) zieht seine Frage zurück, da sie identisch bereits gestellt wurde.

Ernst Joss (AL) stellt folgende Frage:

Welche Politik verfolgt der Stadtrat bei der Bewilligung von Raucherzelten vor Gaststätten? Bewilligt er geheizte Zelte?

In Abwesenheit von Hochbauvorsteherin Esther Tonini antwortet *Stadtpräsident Otto Müller*, dass die Meldung aus der heutigen Zeitung richtig ist. Für das Aufstellen von Zelten vor Gastronomiebetrieben ist, unabhängig vom Zweck der Nutzung, eine Baubewilligung erforderlich. Gastronomiebetriebe in Dietikon, die ein beheiztes Zelt aufgestellt haben, verfügen in der Regel nicht über eine Baubewilligung. Sie wurden mit einem Schreiben der Hochbauabteilung aufgefordert, bis zum 15. November 2010 ein Baugesuch einzureichen oder das Zelt wieder abzuräumen. Die Gesuche werden dann behandelt. Zur Frage von Ernst Joss hat sich der Stadtrat noch nicht unterhalten. Für den Erlass von Vorschriften für Raucherbereiche (Fumoirs etc.) ist die kantonale Volkswirtschaftsdirektion zuständig. Die Stadt Dietikon verfügt über ein Merkblatt bezüglich Fumoirs, welches auch online erhältlich ist.

Ernst Joss stellt fest, dass er mit seiner Frage auch die Beheizung in diesen Zelten angesprochen hat. Man heizt damit auch den Aussenraum. Das ist eine grosse Energieverschwendung, was für eine Energiestadt unwürdig ist.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Adrian Larcher (Grüne) fragt, ob die Zelte überhaupt beheizt werden dürfen.

Stadtpräsident Otto Müller stellt fest, dass bei der Baugesuchsbehandlung der Aspekt der Ökologie ein wichtiges Thema ist. Der Bearbeitung durch die Hochbauabteilung kann hier aber nicht vorgegriffen werden.

Lehrermangel

Esther Wyss (SVP) stellt folgende Fragen:

Konnte die Stadt Dietikon alle Vakanzen in der Schule Dietikon auf das neue Schuljahr 2010/2011 mit ausgebildeten Lehrkräften besetzen?

Gibt es in der Schule Dietikon aktuelle Lehrkräfte, welche die Ausbildung als Primarlehrer absolviert haben, jedoch aufgrund des Lehrermangels – ohne adäquate Zusatzausbildung - in der Oberstufe unterrichten? Wenn ja, um wie viele Lehrkräfte handelt es sich?

Werden Primarlehrer, welche in der Oberstufe als Lehrkräfte eingesetzt werden, auch ohne die entsprechende Qualifikation in die Lohnstufe für Oberstufenlehrer angehoben? Wenn ja, mit welcher Begründung?

Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani antwortet, dass sich die Suche nach Lehrpersonen auf das Schuljahr 2010/11 hin schwierig und aufwendig gestaltete. Alle Klassen konnten mit einer ausgebildeten Person starten. Es gibt jedoch noch heute praktisch in allen Schuleinheiten Teilpensen, die noch nicht abgedeckt werden konnten. Dies betrifft insbesondere den Aufnahmeunterricht, die schulische Heilpädagogik. Zum Teil konnten (erfahrene) Lehrpersonen gewonnen werden, die mit der Übernahme von einer oder zwei zusätzlichen Lektionen die Lücken füllen können.

Auf der Sekundarstufe arbeiten zurzeit 3 Lehrpersonen mit einem Primarlehrerpatent. Diese Lehrpersonen erhalten für eine begrenzte Zeit eine kantonale Bewilligung und werden danach aufgefordert, die entsprechende Ausbildung nachzuholen oder ihre Tätigkeit aufzugeben. Die entsprechenden Lehrpersonen werden in den Schuleinheiten Luberzen und Zentral begleitet und erhalten den nötigen Support.

Das Lohnsystem basiert auf Lohntabellen (Lohnkategorien). Je nach Ausbildung und Tätigkeit wird die Anstellung einer Lehrperson einer Lohnkategorie zugeordnet. Jede Lohnkategorie umfasst 29 oder 30 Lohnstufen. Primarlehrer, welche in der Sekundarstufe eingesetzt werden, werden als stufenfremd eingereiht. Dies entspricht einer Stufe weniger als qualifizierte Sekundarstufenlehrpersonen.

Liegenschaftsbesitzer

Jörg Dätwyler (SVP) stellt folgende Fragen:

Aufgrund der Beantwortung eines Postulates aus dem laufenden Jahr ergeben sich folgende Fragen:

Wie viele Hausbesitzer sind im laufenden Jahr kontaktiert worden, um diese zur Sanierung ihrer alten Liegenschaften zu bewegen?

Wann werden die Liegenschaftsbesitzer das nächste Mal angeschrieben, um auf die Bedeutung einer ausgewogenen sozialen Durchmischung hinzuweisen?

9. Sitzung vom 4. November 2010

In Abwesenheit von Hochbauvorsteherin Esther Tonini antwortet *Stadtpräsident Otto Müller*, dass mit drei Eigentümern von sanierungsbedürftigen Liegenschaften seitens der Stadt das Gespräch gesucht wird (Gassackerstrasse, Birmensdorferstrasse und Schöneeggstrasse). Das neue Stadtplanungsamt wird sich u. a. verstärkt mit der Thematik der Stadterneuerung befassen. Eine ausgewogene soziale Durchmischung in den Stadtquartieren ist wichtig. Der Umgang mit abgeschriebenen Renditeobjekten ist allerdings weitgehend vom Markt gesteuert. Ein entsprechendes Schreiben ist für das nächste Jahr geplant.

Rolf Steiner (SP) meint, dass offensichtlich immer wieder der Wunsch besteht, die Bevölkerung von Dietikon auszuwechseln. Dass man die Hausbesitzer so angeht, ist nichts Neues. Den Brief kann man wieder einmal verschicken. Es nützt aber ein weiteres Mal nichts. Die Liegenschaftsbesitzer wollen ihre Rendite erhalten. Im Allgemeinen sind es gutbürgerliche Leute, die sich nicht darüber stören, wie es der Stadt geht. Wer in diesen Wohnungen wegziehen kann, der tut es. Es kommen aber immer wieder Leute nach, die dort wohnen müssen. Die Hausbesitzer handeln in einem gewissen Sinn sozial. Man kann das Problem nur lösen, wenn man mit solchen Wohnungen nicht mehr so viel Geld erwirtschaften kann.

Gestaltungsplan SLS

Lucas Neff (GP) stellt folgende Fragen:

Im Dokument Vorschriften vom öffentlichen Gestaltungsplan SLS wird die Richtlinie für die Planung und Beurteilung von Hochhausprojekten vom 10. August 2009 erwähnt.

Was ist dies für eine Richtlinie?

Wo ist sie publiziert?

Wer hat sie erlassen?

In Abwesenheit von Hochbauvorsteherin Esther Tonini antwortet *Stadtpräsident Otto Müller*, dass die Richtlinie zum Bau von Hochhäusern vom Stadtrat in einer ersten Lesung im August 2010 besprochen wurde. Sie wurde verfasst von der Hochbauabteilung und wird im Moment juristisch überprüft. Anschliessend soll sie dem Stadtrat nochmals vorgelegt werden. Ziel ist es, diese Richtlinien zusammen mit den Gestaltungsplanvorschriften SLS zu erlassen.

Lucas Neff ist ziemlich erstaunt über die Antwort. Die Richtlinie soll offenbar einen ähnlichen Status haben, wie die Bauordnung. Der Erlass solcher Vorschriften fällt aber in die Kompetenz des Gemeinderates. Wenn sie Bestandteil des Gestaltungsplanes SLS ist, hätte sie auch zusammen mit jenen Vorschriften aufgelegt werden müssen.

Stadtpräsident Otto Müller stellt fest, dass es sich nicht um eine Rechtsnorm, sondern um eine Richtlinie für die Bauherren handelt. Sie gelten auch nicht ausschliesslich für das Gebiet SLS. Die Richtlinien werden lediglich zusammen mit den SLS-Vorschriften publiziert, haben aber grundsätzlich nichts damit zu tun.

Lucas Neff stellt fest, dass bei Bezeichnungen wie "ist zu berücksichtigen" oder "ist einzuhalten" es sich nicht mehr nur um eine Empfehlung handelt.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Fluglärmbelastung

Adrian Larcher (GP) stellt folgende Frage:

Letzthin war in der Presse zu lesen, dass Dietikon offiziell nicht zu den Gemeinden mit grosser Fluglärmbelastung gehöre, der Stadtrat die Entwicklung aber aktiv verfolgen werde. Über welche Kanäle könnte der Stadtrat Einfluss nehmen?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass der Stadtrat im Rahmen des Prozesses Sachplan Infrastruktur Flughafen Kloten und beim Richtplan des Kantons Zürich Stellung nehmen konnte. Die Gemeinden wurden diesbezüglich angehört. Dabei hat der Stadtrat verschiedene Anträge gestellt, die bei Annahme weniger Überflüge über dem Limmattal zur Folge hätten. Er verlangt keine Verlängerung der Westpiste, setzt sich für ein bestimmtes Betriebskonzept ein. Diese sind nur mit dem heutigen Pistensystem möglich. Wenn man die Pisten verlängern würde, würde das Limmattal von grösseren, schwereren Flugzeugen überflogen. Zudem müssen die Lärmgrenzwerte und Nachtflugzeiten eingehalten werden, das Gebührensystem soll immissionsarme Flugzeuge begünstigen. Die Abflugrouten sollen bis 8'000 Fuss eingehalten werden, auf ein heute praktiziertes Verlassen schon bei 5'000 Fuss soll verzichtet werden. Gestern fand die Behördendelegation Flughafen Zürich statt, an der die Haltung des Bezirks vom Gemeindepräsidenten aus Oetwil und dem Stadtpräsidenten Dietikon vertreten wurde. Die Stellungnahme der Limmattaler Gemeinden deckt sich mit der Haltung des Stadtrates.

Peter Wettler erklärt, dass dem Stadtpräsidenten bekannt ist, dass über dem Raum Frick / Bözberg ein Warteraum liegt. Die Flugzeuge sind dort in einer Höhe, dass unter ihnen noch Startende durchfliegen können. Das ist seit Juni 2007 so geregelt. Der Stadtrat soll sich dafür einsetzen, dass man nur noch eine Flugstrasse hat, und dann könnte man auch einer grösseren Höhe zustimmen.

Stadtpräsident Otto Müller erklärt, dass er diesen Argumenten nicht folgen kann. Man kann die Flughöhe nur verlangen, wenn der Warteraum verschoben wird. Der Stadtrat setzt sich dafür ein, weil er genau das erreichen will, was auch Peter Wettler verlangt.

Halloween

Thomas Wirth (EVP) stellt folgende Frage:

Was wurde unternommen zur Eindämmung von Verunreinigungen bezüglich Halloween-Aktivitäten am vergangenen Sonntag 31. Oktober, und wie beurteilt der Stadtrat die Entwicklung des diesbezüglichen, aus den USA importierten Brauches für die Zukunft: zunehmend oder abnehmend?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi antwortet,

In Dietikon wurden der Polizei einzelne Verunreinigungen oder Sachbeschädigungen gemeldet. Vorwiegend handelte es sich dabei um Schmierereien mit Rasierschaum und Ketchup oder um das Bewerfen von Fassaden mit Eiern.

Die Polizei war in Ergänzung zur Kantonspolizei mit einer Regionalpatrouille im Einsatz. Aufgrund der Zunahme von Sachbeschädigungen im ganzen Kantonsgebiet wird die Polizei ihr Dispositiv für das nächste Halloween überprüfen. Zusätzlich wurde von der Schule zugesichert, dass im nächsten Jahr ein Informationsblatt abgegeben wird und die Eltern vermehrt in die Verantwortung miteinbezogen werden.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Limmattalbahn

Ralph Hofer (SVP) stellt folgende Frage:

Unter welchen Bedingungen wäre der Stadtrat bereit, sich in Dietikon für eine Untertunnelung der Limmattalbahn einzusetzen?

Ernst Joss (AL) stellt folgende Frage:

Wann wird sich der Stadtrat zur von ihm bevorzugten Linienführung der Limmattalbahn äussern?
Wie werden Bevölkerung und Gemeinderat in die Entscheidungsfindung einbezogen?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass sich der Stadtrat intensiv mit der Linienführung im Raum Dietikon befasst hat. Eine Untertunnelung wäre tatsächlich eine Alternative, wenn sie überhaupt ausgeführt werden könnte und finanzierbar wäre. Eine solche Bahn würde aber unter dem Grundwasserspiegel hindurchführen. Technisch wäre eine derartige Linienführung zwar möglich, der Kanton erteilt dazu jedoch keine Bewilligung. Eine solche Tunnelführung ist sehr teuer. Ebenso müssten Parallelbauten erstellt werden.

Im gültigen, vom Kantonsrat verabschiedeten Richtplan ist die Führung des Trams über die Schöneggstrasse - Bremgartnerstrasse - Bahnhof - Überlandstrasse - Niderfeld vorgesehen. Dies ist aber kaum realisierbar, weil damit zwei Bahnen über die Zentralstrasse fahren müssten.

Der Stadtrat hat eine Überprüfung der Richtplan-Variante verlangt. In einer grossen Studien wurden alle möglichen weiteren Varianten untersucht und nach definierten Kriterien (Anzahl mögliche Passagiere, städtebauliche Aspekte, Wirtschaftlichkeit, möglichst geringe Einschränkung des MIV) beurteilt. Diese Abklärungen erfolgten in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat (vor gut einem Jahr wurde der Variantenfächer dem Gemeinderat aufgezeigt).

Gegenwärtig sind neben der Referenzvariante noch zwei weitere in der genaueren Abklärung.

An einer Informationsveranstaltung, die zusammen mit der Limmattalbahn AG am 24. November 2010 stattfindet, kann man sich nochmals zu den Varianten der Linienführung äussern.

Der Stadtrat wird zu Beginn des neuen Jahres zur definitiven Linienführung Stellung nehmen.

Jugendzentrum

Alfons Florian (SVP) stellt folgende Fragen:

Was hat die Stadt geplant bzw. in Absicht hinsichtlich einer Neurealisierung eines Jugendzentrums in Dietikon?

Wenn keine Absichten bestehen, werden eine Bedarfsanalyse und ein Konzept in Auftrag gegeben?

Wo sieht die Stadt heute Möglichkeiten eines diesbezüglichen Standortes?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass das bestehende Jugendzentrum tatsächlich sehr eng ist. Der Bedarf nach weiteren Räumen für Jugendliche ist ausgewiesen. Allerdings gestaltet sich die Suche nach geeigneten Räumen schwierig. Einzelne Räumlichkeiten wurden besichtigt, erfüllten aber die Kriterien nicht. Das Ziel "Raum für Jugendliche" – nicht nur innerhalb von Gebäuden – ist im weitesten Sinne eine Festlegung im Legislaturziel des Stadtrates für die laufende Amtsperiode.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Samuel Spahn (Grüne) erklärt, dass er vor dem Abbruch des Schellerareals eine Interpellation einreichte. Damit wurde genau auf das Problem der fehlenden Räume für Jugendliche hingewiesen. Abgesehen von der Platzierung einzelner Personen passierte jedoch nichts. Man hört jetzt vom Stadtrat schon zum wiederholten Mal die gleichen Antworten. Ein Teil des Problems der später zu behandelnden dringlichen Interpellation stellt die fehlenden Räume für Jugendliche dar. Von einer Stadt dieser Grösse sollte man konkretere Vorschläge erwarten können.

Ernst Joss (AL) stellt fest, dass das Problem bereits angesprochen wurde, als die Behandlung der Überbauung des Schellerareals in der RPK erfolgte. Also schon vor langer Zeit wollte man für die Jugendlichen eine Lösung finden.

Westtangente

Trudy Frei (SVP) stellt folgende Fragen:

Seit Kurzem ist die Westtangente offen, täglich wird Stau gemeldet. Wurde nach Eröffnung der Westtangente diesbezüglich in Dietikon eine Statistik bez. Mehrverkehr/Durchgangsverkehr erhoben?

Was gedenkt der Stadtrat bezüglich des Mehrverkehrs zu tun?

Wurde er beim Kanton aktiv?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass die Fragestellung in erster Linie die Kantonsstrassen betrifft. Diesbezüglich bestehen jedoch keine aktuellen Zahlen. Wenn kein Stau besteht, kann der Verkehr gut über das nationale Netz abgewickelt werden. Bei Stau ist ein Ausweichen zu beobachten, das in seinem Ausmass aber schwierig zu quantifizieren ist. Verstärkt wurde dies im Sommer durch Umleitungsverkehr wegen Baustellen auf Kantonsstrassen. Die Stadt ist mit dem Kanton im Gespräch (z. B. MIV Studie im Bereich Mutschellenstrasse). Erst die dritte Röhre am Gubrist bringt eine markante Verbesserung, was allerdings noch 9 - 10 Jahre dauern kann. Der Kanton plant mit regionalen Verkehrssteuerungsanlagen, den Verkehr, bzw. die Stauräume ausserhalb des Siedlungsgebietes zu halten. In der kurzen Zeit konnten keine Zahlen vom Kanton erhoben werden.

Peter Wettler (SP) meint, dass man den Stau grundsätzlich nicht auflösen kann. Wenn man die Strassen der Schweiz in einem Netz über die ganze Schweiz legen würde, dann hätte man alle 500 m eine Strasse. Noch nicht berücksichtigt sind die Garagen und Parkplätze dieser 4 Mio. Fahrzeuge. Das Auto ist die dümmste Erfindung der Menschheit der letzten 150 Jahre. Es kamen mehr Menschen im Strassenverkehr um, als in allen Kriegen zusammengerechnet. Alleine in der Schweiz werden jedes Jahr 22'000 Menschen im Strassenverkehr verletzt. Das entspricht der Einwohnerzahl von Dietikon.

Trudi Frey meint, dass man sich bezüglich der Lösung des Verkehrsproblems im Aargau umschauchen könnte. Überall werden Umfahrungsstrassen gebaut.

Tierkadaver

Trudy Frei (SVP) stellt folgende Frage:

Welches Büro der Stadt ist zuständig für ein totes Büsi auf der Strasse? Gibt es dafür eine Nummer?

9. Sitzung vom 4. November 2010

Infrastrukturvorstand Roger Brunner antwortet, dass das Amt für Umwelt und Gesundheit zuständig ist, der Werkhof ist das ausführende Organ, welches den Tierkadaver aufnimmt. Die richtige Nummer ausserhalb der Bürozeiten ist der Polizeinotruf (117).

Trudi Frey meint, dass sie genau so vorgegangen sei. Es brauchte acht Anrufversuche und dauerte fast 4 Stunden, bis das Büsi abgeholt wurde.

Infrastrukturvorstand Roger Brunner erklärt, dass es in diesem Fall tatsächlich Kommunikationsprobleme gab. Der Polizeinotruf wusste nicht, wer zuständig ist.

Trudi Frey bemerkt, dass sie an die Stadtpolizei verwiesen wurde. Dann wurde ihr eine Natelnummer gegeben, wo sie allerdings niemanden erreichte und aufgefordert wurde, später anzurufen.

Sauberes Dietikon

René Stucki (SP) stellt folgende Frage:

Mit der Kampagne "Sauberes Dietikon" wurde in den letzten Jahren jeweils der jährliche Sauberkeitsindex ermittelt. Damit war es möglich, Fortschritte und Rückschritte exakt zu messen und Hinweise zu bekommen, wo Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Sauberkeit in unserer Stadt zu verbessern. Warum wird diese Kampagne nun bereits nach drei Jahren abgebrochen und nicht weitergeführt?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass die Kampagne "Sauberes Dietikon" von Anfang an auf drei Jahre begrenzt war. Der Sauberkeitsindex wird jedoch weiterhin durch den Werkhof ermittelt. Die Erkenntnisse daraus fliessen in die Planung für weitere Massnahmen zur Verbesserung der Sauberkeit der Stadt.

Sicherheitsdispositiv

Chris Ilg (EVP) stellt folgende Frage:

Hat die Stadt Dietikon bei einem Grossbrand oder sonstiger Katastrophe ein Sicherheitsdispositiv? Wann wurde dieses das letzte Mal überarbeitet?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass das Feuerwehr-Sicherheitsdispositiv durch die Gebäudeversicherung Kanton Zürich bestimmt wird. Dazu ist das Kantonsgebiet in Stützpunkteinsatzgebiete aufgeteilt. Bei einem Feuerwehr-Grossereignis unterstützt die Stützpunktfeuerwehr die Ortsfeuerwehren. Das Dispositiv wird laufend durch die Gebäudeversicherung überprüft und den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Im Katastrophenfall (z. B. Atom-/Chemieumfall, schweres Naturereignis) erfolgt die Einsatzleitung durch die kantonale Führungsorganisation. Die verschiedenen Einsatzkräfte wie Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz oder technische Dienste werden durch die Einsatzleitung der Kantonspolizei geführt. In die Führung eingebunden sind die Exekutiven der betroffenen Gemeinden. Zur Unterstützung bei der Bewältigung von ausserordentlichen Lagen oder Katastrophen steht dem Stadtrat der Zivile Gemeindeführungsstab zur Verfügung.

9. Sitzung vom 4. November 2010

P2.81. Stadtpolizei, Allgemeines und Organisation

Sicheres Dietikon

Dringliche Interpellation Begründung und Beantwortung

Rochus Burtscher, Mitglied des Gemeinderates, und 19 Mitunterzeichnende haben am 7. Oktober 2010 folgende Dringliche Interpellation eingereicht:

"Gemäss verschiedenen Medienberichten sollen an einer kürzlich im Zürcher Hauptbahnhof zugetragenen Schlägerei fünf ausländische Jugendliche und ein eingebürgerter Schweizer aus Dietikon beteiligt gewesen sein. Dies schadet dem Ruf unserer Stadt! Gemäss Informationen von www.sifa-schweiz.ch (Sicherheit für Alle) wurde über einen 16-jährigen Dietiker Schüler ausländischer Herkunft eine Erziehungsverfügung verhängt. Diese Aussage deckt sich mit den in den vergangenen Tagen durch die Zeitung "Blick" veröffentlichten Informationen. Laut dieser Verfügung soll der Schüler Mehrfachdelikte wie Diebstahl, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch begangen und gegen das Betäubungsmittelgesetz verstossen haben. Die Kosten seines Verfahrens beliefen sich auf ca. Fr. 150'000.00. Da dieser Fall im aktuellen Interesse der Sicherheit der Bevölkerung liegt, möchten wir gerne einige Fragen beantwortet haben:

- 1. Da es sich um Ausländer handelt, wurden bereits Ausweisungsmassnahmen diskutiert bzw. wurde das Migrationsamt des Kantons Zürichs informiert? Wenn ja, welche Schlüsse wurden daraus gezogen? Wenn nein, wann wird die Stadt Dietikon aktiv und verlangt deren Rückführung in ihre Heimatländer?*
- 2. Wer musste für diese Verfahrenskosten aufkommen? Gibt es weitere Kosten, die dem Staat, der Stadt Dietikon bzw. der Schule Dietikon durch diesen Fall entstanden sind? Wenn ja, welche und wie hoch? Ist das Verfahren mit dem Erlass der Erziehungsverfügung erledigt? Wer trägt die Kosten bei allfällig weiteren Erziehungs-, Fremdplatzierungsmassnahmen etc.?*
- 3. Wer kommt für die Kosten der Untersuchungshaft und die Verfahrenskosten im aktuellen Fall (Schlägerattacke im Hauptbahnhof Zürich) auf? Können die Eltern des 17-jährigen und die der anderen Mittäter für die entstandenen Umtriebe und Kosten des Staates belangt werden?*
- 4. Wie stellt sich die Situation aller Beteiligten? Sind sie oder deren Eltern Sozialhilfebezüger? (Beantwortung ohne Namensnennung möglich!)*
- 5. Welches sind die nächsten kurzfristigen oder langfristigen Massnahmen, damit die Sicherheit in Dietikon verbessert werden kann?"*

Mitunterzeichnende:

Alfons Florian
Erich Burri
Esther Wyss
Irene Wiederkehr
Jörg Dätwyler
Markus Erni
Ralph Hofer

Roger Bachmann
Stephan Wittwer
Trudy Frei
Werner Lips
André Arnet
Cécile Mounoud
Gabriele Olivieri

Max Wiederkehr
Pius Meier
Martin Romer
Philipp Müller
Ueli Bayer

9. Sitzung vom 4. November 2010

Begründung

Rochus Burtscher (SVP) erklärt, dass Gesetze wie die Hausordnung einer Gemeinschaft sind und sie für alle gelten. Diejenigen, die sich nicht daran halten können, sollen die Konsequenzen tragen. In der Schweiz praktizieren wir ein Verhalten gegenüber renitenten und gewalttätigen Menschen mit Migrationshintergrund, das aus Realitätsverlust, Kuschelpädagogik, Kuscheljustiz, verfehlter Ausländerpolitik und Gutmenschen besteht. Tagtäglich stehen Berichte von Gewalttaten in den Zeitungen von Basel, Zürich, Bern, Genf, St. Gallen und anderen Städten. Wenn bei solchen Vorfällen ein Schweizer oder eine Schweizerin beteiligt ist, wird dies explizit erwähnt. Alle andern können unter dem Pseudonym "Person mit Migrationshintergrund" abgetan werden.

Die Interpellation soll auch im Interesse der Ausländerinnen und Ausländern sein, die sich an die Hausordnung halten. Rochus Burtscher ist bereits verschiedentlich angegangen worden, dass es gut ist, dass der Ruf der gut integrierten Ausländerinnen und Ausländer damit geschützt wird. Auch die integrierten Ausländer distanzieren sich von diesen Personen, speziell sogar, wenn es Landsleute sind. Wie lange geht es noch, bis die Gutmenschen ihre Augen aufmachen. Mann und Frau Gutmensch sollten von ihrem hohen Ross heruntersteigen und sich die Sorgen der Bevölkerung einmal vor Ort anschauen. Sogar Frank A. Meyer, der sicher nicht im Verdacht steht, der SVP nahe zu stehen, liess sich im Sonntagsblick zum Thema Schläger und Raser mit Migrationshintergrund wie folgt vernehmen: *„Ich gebe Ihnen recht – denn so erleben es die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz. Es ist die Realität in Zürich, in Bern, in Biel und sogar in vielen Dörfern. Wir brauchen nur die Namen der Täter zu lesen, wenn sie aus Gründen der "Political Correctness" verschwiegen werden. Namen vom Balkan und aus dem Nahen Osten. Und zur Frage der Ursache: Für diese gefährliche Entwicklung tragen die Schönredner aus Publizistik und Politik grosse Verantwortung.“*

Angela Merkel, niemand Geringeres als die Bundeskanzlerin Deutschlands, erklärt den Ansatz für Multikulti als "absolut gescheitert". Sie will jetzt die Zuwanderer bei der Integration stärker in die Pflicht nehmen. Sie müssten nicht nur die deutschen Gesetze beachten, sondern auch die deutsche Sprache lernen. Deutschland ist mehr als 10 Jahre später dran als die Schweiz, dieses Thema wurde bei uns bereits 1999 behandelt. Aber unsere Schönredner wollten davon nichts wissen. Das Resultat liegt nun vor. Jetzt stellen die Deutschen sogar fest, dass es viele Schwänzer bei Integrationskursen in Deutschland gibt, die genaue Abbrecherquote ist leider unbekannt. Thilo Sarrazin, bekennender sozialdemokratischer und linker Politiker, stellt die gleichen Thesen auf und belegt diese noch mit Fakten. Aber unsere Gutmenschen wollen dies einfach nicht einsehen.

Wir haben die Integrationskurse und unsere Gesetze, aber es schert sich niemand darum. Unsere Kuscheljustiz wird von universitären Rechtsprofessoren – eigentlich müsste man von Linksp Professoren reden – fremd gelenkt. Wenn es gilt, ein Gesetz lasch auszulegen oder etwas zu erfinden, was dem Schweizer Volk noch mehr schaden könnte, dann sind sie an vorderster Front dabei.

Die im Zürcher Hauptbahnhof geschehene Schlägerei lässt sich nicht mehr schönreden. Die Medien sollten auch hier wie in München darüber berichten. Die jungen Menschen, die diese "Gewalttat" im Bahnhof Zürich vollbracht haben, kommen aus Dietikon. Dietikon ist in aller Munde, und wenn man auf dem Bahnhof am Abend unterwegs ist, sieht man keine Polizei, keine Patrouille – wie sollen sich die Menschen fühlen, die so spät abends unterwegs sein müssen, weil sie von der Arbeit nach Hause kommen. Haben diese Menschen kein Anrecht auf Sicherheit? Die Frage nach Sicherheit wurde schon mehrfach in Dietikon aufgeworfen, aber häufig damit abgetan, dass dies nur ein Empfinden von Einzelpersonen sei. Es gibt nichts Schlimmeres als ein Angstgefühl.

Die jungen Menschen mit Migrationshintergrund aus Dietikon, die diese Gewalttat im Bahnhof Zürich verübt haben, sind bereits mehrfach vorbestraft. Wie lange will man noch zusehen? Wie lange wollen wir uns noch auf der Nase herumtanzen lassen? Wie lange wollen wir uns dieser Gefahr noch aussetzen? Dietikon hat viel Geld in die Standortförderung, Wirtschaftsförderung und noch mehr Geld in die Integration gesteckt. Dieser Ruf wird mit einer solchen Tat einfach zunichtegemacht. Wir sprechen hier von Mehrfachdelikten wie Diebstahl, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, Ver-

9. Sitzung vom 4. November 2010

letzung des Betäubungsmittelgesetzes, sexuelle Belästigung und nicht zuletzt das kapitale "Bashing" gegen einen Helfer.

Antwort:

Die Dringliche Interpellation wird von Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi wie folgt beantwortet:

Einleitung

Der Stadtrat bedauert den im Zentrum der Interpellation stehenden Vorfall im Hauptbahnhof Zürich, in dem sechs Jugendliche bzw. junge Erwachsene aus Dietikon involviert waren, sehr. Zudem spricht er der mutig handelnden, Hilfe leistenden Person sein Mitgefühl aus. Der Stadtrat wendet sich gegen jede Gewalt - insbesondere auch gegen die Jugendkriminalität - und akzeptiert keine rechtsfreien Räume. Der erwähnte Vorfall wird zurzeit durch die zuständigen Strafuntersuchungsbehörden (Staatsanwaltschaft Zürich-Limmat und Jugendanwaltschaft Limmattal/Albis) bearbeitet. Diese geben zu den laufenden Ermittlungen grundsätzlich keine Auskunft und weisen darauf hin, dass bis zu einer allfälligen Verurteilung die Unschuldsvermutung gilt. Was die einzelnen Fragestellungen anbelangt, so ist vorweg darauf hinzuweisen, dass auch für die Beantwortung einer dringlichen Interpellation das Gesetz über die Informationen und den Datenschutz (IDG) anwendbar ist. Über hängige Verfahren darf demnach das öffentliche Organ - mithin auch die Gemeinde - nur informieren, wenn dies zur Berichtigung oder Vermeidung falscher Meldungen notwendig ist oder wenn in einem besonders schweren oder aufsehenerregenden Fall die unverzügliche Information angezeigt erscheint (Art. 14 Abs. 3 IDG).

Zu Frage 1

Bis Ende 2006 konnten Strafgerichte unter bestimmten Voraussetzungen einen Landesverweis gemäss Strafgesetzbuch aussprechen. Mit der Revision des Strafgesetzbuches wurde diese strafrechtliche Massnahme aus dem Bundesgesetz gestrichen. Das Migrationsamt des Kantons Zürich vollzieht das Aufenthaltsrecht und ordnet administrative Massnahmen und Vollzugshandlungen an. Es ist unter anderem auch für den Widerruf von Niederlassungsbewilligungen zuständig. Eine Niederlassungsbewilligung kann gemäss Ausländergesetz (AuG) widerrufen werden, wenn die Ausländerin oder der Ausländer zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde (Art. 63 Abs. 1 lit. a in Verbindung mit Art. 62 lit. b AuG). Nach kantonaler Praxis erfolgt die Prüfung des Widerrufs der Niederlassungsbewilligung in der Regel nach rechtskräftigen Verurteilungen ab einem Strafmass von ca. 18 bis 24 Monaten Freiheitsstrafe, wobei verschiedene Strafen addiert werden. Behördenentscheide sowie Gerichtsurteile, welche Ausländerinnen oder Ausländer betreffen, werden dem kantonalen Migrationsamt automatisch eröffnet. So ist davon auszugehen, dass dem Migrationsamt auch die in den Medien erwähnte Erziehungsverfügung zur Kenntnis gebracht wurde. Die Gemeinden können weitere sachdienliche Hinweise im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsrecht an das Migrationsamt weiterleiten. So meldet die Einwohnerkontrolle alle Verstösse oder Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit der Meldepflicht von Ausländerinnen und Ausländer ebenfalls dem Migrationsamt. Der Entscheid über eine aufenthaltsrechtliche Massnahme (z. B. den Entzug einer Niederlassungsbewilligung) fällt jedoch einzig und alleine das Migrationsamt.

Zu den Fragen 2 und 3

Aus Gründen des Datenschutzes können die verschiedenen Fragen zu den Kosten nur allgemein beantwortet werden. Wird ein Angeklagter im Rahmen eines Strafprozesses verurteilt, hat er in der Regel die Kosten des Prozesses gemäss § 188 Strafprozessordnung (StPO) selber zu tragen. Bei der Bemessung der Kosten ist den Verhältnissen des Betroffenen Rechnung zu tragen (§ 190a StPO). Bei Jugendlichen ist bei der Kostenbemessung neben den Verhältnissen auch das weitere Fortkommen der Pflichtigen zu berücksichtigen (§ 388 Abs. 1 StPO). Im Verfahren gegen Jugendliche werden neben dem Verurteilten dessen Eltern solidarisch kostenpflichtig (§ 388 Abs. 2 StPO). Die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs tragen gemäss Art. 380 StGB die Kantone. Werden

9. Sitzung vom 4. November 2010

erzieherische Massnahmen verfügt, gehen die Kosten grundsätzlich ebenfalls zulasten der Kantone. Bei schulpflichtigen Jugendlichen können den Schulgemeinden einen Teil der Kosten für schulische Massnahmen auferlegt werden. Mit dem Erlass der Erziehungsverfügung gegen den in den Medien erwähnten Jugendlichen wurde das Verfahren aus früheren Delikten abgeschlossen. Aufgrund des Vorfalls im Zürcher Hauptbahnhof wird gegen diesen Jugendlichen ein neues Verfahren eröffnet. Gemäss Auskunft der Jugendanwaltschaft Limmattal/Albis vom 21. Oktober 2010 sitzt dieser Jugendliche zurzeit in Untersuchungshaft. Die Kosten der Untersuchungshaft gehen zulasten des Kantons.

Zu Frage 4

Heute beziehen weder die in den Medienberichten Genannten noch deren Familien Sozialhilfe. Gemäss Ausländergesetz kann die Niederlassungsbewilligung durch das Migrationsamt widerrufen werden, wenn die Ausländerin bzw. der Ausländer oder eine Person, für die sie oder er zu sorgen hat, dauerhaft oder in erheblichem Masse auf Sozialhilfe angewiesen ist (Art. 63 Abs. 1 lit. c AuG). Nach geltender Praxis des Migrationsamtes wird im Kanton Zürich der Sozialhilfebezug im Umfang von Fr. 50'000.00 innert 2 Jahren durch ein Ehepaar als erheblich qualifiziert. Gemäss Aussagen des Migrationsamtes ist die Hürde für den Entzug der Niederlassungsbewilligung bei Jugendlichen auch mit Erziehungsverfügung so hoch, dass deren Entzug sehr selten angeordnet wird.

Zu Frage 5

Die Sicherheitslage in Dietikon ist vergleichbar mit anderen Gemeinden ähnlicher Grösse und Struktur. Gemäss Felix Bieri, Leitender Jugendantwalt Limmattal/Albis, ist die Jugendgewalt in Dietikon nicht besonders auffällig. Die Schwerpunkte verschieben sich periodisch von einer Gemeinde in die andere. "Dietikon hat nicht mehr oder weniger Probleme mit Jugendkriminalität, wie vergleichbare Städte im Kanton Zürich", bestätigt auch Urs Schwendener vom Jugenddienst der Kantonspolizei. Die Stadtpolizei und die Kantonspolizei sorgen im Rahmen ihrer Auftragserfüllung für Sicherheit und für das geordnete und friedliche Zusammenleben in Dietikon. Der polizeiliche Einsatz wird laufend überprüft und bei sich abzeichnenden Veränderungen den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Mit dem im letzten Jahr eingeführten Dreischichtbetrieb der Stadtpolizei Dietikon zusammen mit der Stadtpolizei Schlieren/Urdsorf wurde die sichtbare Präsenz der Polizei weiter erhöht und damit die präventive Wirkung verstärkt. Im Rahmen der laufenden Legislaturplanung für die Jahre bis 2014 sind die Sicherheit in Dietikon und die Bekämpfung der Jugendgewalt wichtige Ziele des Stadtrates. Allerdings reicht die Polizeiarbeit alleine nicht aus, geplant sind vernetzte Massnahmen im Bereich der Jugendarbeit, der Schule und der Integrationsförderung. In erster Linie sind aber die Eltern gefordert, ihren Kindern Zeit und Zuneigung zu schenken, Grenzen zu setzen und als Vorbilder zu wirken.

Diskussion:

Rochus Burtscher (SVP) bedankt sich für die Antwort. Sie ist sehr aufschlussreich, auch wenn der Datenschutz Grenzen zu setzen versucht. Der Widerruf einer Aufenthaltsbewilligung erfolgt erst nach rechtskräftig festgelegter Freiheitsstrafe von 18 bis 24 Monaten. Es ist ein Hohn, dass ein solch hohes Strafmass erreicht werden muss, bevor man Massnahmen treffen kann. Die Gemeinden können weitere sachdienliche Hinweise im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsrecht an das Migrationsamt weiterleiten. Der Stadtrat wird aufgefordert, davon auch tatsächlich Gebrauch zu machen. Für einen Teil der Kosten können offenbar die Eltern belangt werden. Der Rest der Kosten geht zulasten der Kantone, welche auch die übrigen Kosten tragen müssen. Wenn Personen Sozialhilfe beziehen, kann die Niederlassungsbewilligung durch das Migrationsamt widerrufen werden. Bei all diesen Vorschriften handelt es sich lediglich um "Kann-Bestimmungen" statt zwingender Vorschriften. Auch der Jugendantwalt kann nur die offensichtlichen Zahlen liefern. Die Dunkelziffer bleibt offen. Rochus Burtscher war auch schon mit dem öV unterwegs und hat sich unsicher gefühlt. Er wäre im Rahmen einer Budgetdebatte sogar bereit, das Polizeikorps aufzustocken, wenn es in diesem Bereich vermehrt eingesetzt werden würde.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Ernst Joss (AL) stellt grundsätzlich fest, dass wir nicht wollen, dass es zu solchen Vorfällen kommt. Es kommt nicht darauf an, ob es Ausländer oder Schweizer sind. Warum ist die Interpellation als dringlich erklärt? Das kommt in der Regel nur dann vor, wenn man ganz schnell eine Antwort will. Es geht hier um Abstimmungspropaganda, vielleicht auch um Wahlpropaganda. Es gibt in der Schweiz und in Dietikon viele Ausländer. Ursprünglich wollte man billige Arbeitskräfte. Bei den Deutschen gibt es wenig Kriminalität. Das hat nicht nur mit dem Ausländeranteil zu tun, sondern auch mit sozialen Komponenten. Für Ausweisungen ist das Migrationsamt zuständig. Soll sich die Stadt Dietikon hier entsprechend einsetzen? Wenn es um einen Golfplatz geht, sagt man, es gehe uns nichts an. Bezüglich der Kostentragung muss man sich ebenfalls an das Gesetz halten. Die meisten Anwesenden sind Eltern. Sie können sich auf die Schultern klopfen. Eigentlich hatte man vielleicht einfach Glück bei der Erziehung und nicht immer alles im Griff gehabt. Warum wurde die Frage auch im Zusammenhang mit Sozialhilfe gestellt? Ernst Joss sieht den Zusammenhang nicht. Warum war die SVP im Besitz der Erziehungsverfügung? Geht es hier um eine Amtsgeheimnisverletzung? Die dringliche Interpellation suggeriert, dass die Situation hier besonders unsicher sei. Eine heikle Situation hat er aber in Sion erlebt. Andernorts ist man also mehr bedroht als in Dietikon. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Problematik wären andere Massnahmen, wie z. B. die Schulsozialarbeit nötig, was aber von der SVP bekämpft wird.

Pius Meier (CVP) stellt fest, dass dieser Vorfall wirklich schrecklich ist. Aus Betroffenheit hat auch er die Interpellation mitunterschrieben. Ohne diesen Vorstoss würde heute niemand mehr über den Vorfall reden. Worum geht es eigentlich? Sind die beschuldigten Personen schon länger, z. B. bereits in der Schule aufgefallen. Welche Massnahmen sind ergriffen worden. Hätte eine Betreuung der Jugendlichen z. B. durch die Schulsozialarbeit Unterstützung gegeben? Ein konsequentes Durchgreifen ist jetzt dringend nötig. Aber eigentlich ist es in diesem Zeitpunkt oft schon zu spät. Es ist einfach, mit Ausschaffung zu drohen. Damit wird man das Problem aber nie in den Griff bekommen. Bei solchen Vorfällen steht immer die Längerfristigkeit im Vordergrund. Erst wenn jeder, der hier lebt, reelle Chancen hat, eine Ausbildung und Arbeitsstätte zu finden, kann das Problem gelöst werden. Solange jeder nur für sich sorgt, kann das Problem nicht gelöst werden. Wenn sich die öffentliche Hand der Sache annimmt, haben Unternehmer immer wieder das Gefühl, konkurrenziert zu werden. Die Lösung ist sicherlich nicht einfach. Man wird wohl die notwendigen Kosten in Kauf nehmen müssen. Pius Meier wünscht sich konkretere und griffigere Massnahmen.

Christiane Ilg (EVP) stellt fest, dass Werte nicht von "oben" definiert werden können, wie wir am Beispiel des Ereignisses sehen. Werte sind aber in unserer Gesellschaft wichtig. Wertschätzung, Verantwortung usw. sollen uns wieder mehr bewusst und am Arbeitsplatz und in der Schule wieder mehr getragen werden. Jeder soll ein Vorbild sein, auch bei uns im Gemeinderat.

Lucas Neff (Grüne) stellt fest, dass grundsätzlich auch in Dietikon eine Problematik mit Jugendlichen vorhanden ist. Stichworte wie Gewalttätigkeit, Diebstahl, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, etc. sind gerade bei Jugendlichen klare Zeichen einer mangelnden Integration in unsere Gesellschaft. Massnahmen müssen getroffen werden. Wenn Integration weder durch die Erziehung der Eltern, noch durch die Schule oder andere Institutionen gelingt, ist am Ende die Politik gefordert. Polemik und Gegenpolemik leiten dabei aber nur stürmischen Wind auf die eigenen politischen Mühlen, ohne das Problem zu lösen. Für Dietikon und die betroffenen Jugendlichen würde man es sehr begrüssen, wenn die beiden grossen Parteien SP und SVP unter Einbezug von Gemeinderat, Schulpflege, Lehrer, Eltern, Ausländerorganisationen, Polizei, Vormundschaft, Fürsorge, Jugendarbeiter usw. einen runden Tisch organisieren würden, mit dem Ziel, konstruktive Säulen für eine tragfähige Zukunft zu bestimmen. In Zürich ist die offene Drogenszene am Letten erst verschwunden, als alle Parteien sich zusammengerauft haben und den gangbaren Weg definierten. Das gemeinsame Anpacken von Problemen an der Basis wäre echt schweizerisch und demokratisch.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Dann erst, wenn die Interessen an unserer Stadt höher gewichtet werden, als die Wasserträgerfunktion für eine nationale Abstimmung, arbeiten wir effektiv an unserer Zukunft.

Markus Erni (SVP) meint, dass man der SVP vorwerfe, sie suggeriere, dass es ein Ausländerproblem ist. Ernst Joss suggeriert aber auch, dass eine Amtsgeheimnisverletzung vorliegt. In der Erziehungsverfügung gibt es auch private Adressaten. Man suggeriert, dass die SVP Schuld ist an der Ausländerproblematik, weil man unterstellt, dass das Gewerbe Ausländer geholt habe. Das stimmt zwar, aber auf Intervention der Linken wurde das Saisonierstatut aufgehoben. Das Problem zeigte sich aber erst, als wir überrannt worden sind von Flüchtlingen. Es ist nicht richtig, wenn man Menschenleben mit einer Abstimmung über einen Golfplatz gleichsetzt. Die Frage der Kostenaufteilung bei den Strafverfahren kann aus Datenschutzgründen nicht beantwortet werden. Lediglich bei Schülern könne ein Anteil der Kosten auferlegt werden. Die erwähnte Erziehungsverfügung ist seit 2009 in Kraft. Heute herrscht zu wenig Härte bei der Erziehung. Man setzt die Gesetze einfach nicht mehr durch, sondern gibt Millionen Franken für Erziehungsmassnahmen aus.

Rosmarie Joss (SP) meint, dass die hier angewandte Gewalt erschreckend ist. Die Interpellation kann man durchaus unterschreiben, wenn man über das Vorgefallene betroffen ist. Angst ist nicht gut. Aber aus politischen Argumenten Angst schüren, ist auch nicht recht. Es ist klar, was man bei der SVP beabsichtigt. Man will über die Ausschaffungsinitiative eine Diskussion führen. Rosmarie Joss ist erstaunt, dass CVP und FDP auch für die Ausschaffungsinitiative sind. Ob die Interpellation so dringend ist, dass man die Verwaltung stark belasten muss, ist fraglich. Die Frage ist: wie kann man Gewalt verhindern. Man fragt sich immer nur, wie man jetzt, nach dem Vorfall, weiter vorgehen soll. Eine Antwort wäre z. B. die Einsicht, dass man in Dietikon zu wenig unternimmt. Die Schulsozialarbeit fehlt beispielsweise. Man weiss, dass die Folgekosten ohne Schulsozialarbeit viel grösser sind. Dietikon braucht diese Unterstützung aber offenbar nicht. Man muss ja nicht mehr Rücksicht nehmen, wenn es dem anderen wehtut, jeder ist sich selbst der Nächste. Vielleicht ist eine Erkenntnis auch, dass die Jugendanwaltschaft zu wenig Stellen hat. Es fragt sich, wer die Gelder für diese Institutionen gestrichen hat. Rosmarie Joss will ein sicheres Dietikon. Gesetze und Repression alleine nützen nichts. Man kann nicht die einen härter bestrafen als die anderen. Ausländer sind auch Menschen. Das Saisonierstatut war unmenschlich. Markus Erni weiss genau, dass die Einwanderung aus dem Balkan nicht durch Flüchtlinge, sondern in den 80er-Jahren erfolgt ist.

Martin Romer (FDP) stellt fest, dass er zu diesem Thema befangen ist. Man spricht davon, Angst zu schüren. Aus eigener Erfahrung kann Martin Romer Beispiele nennen. Vor rund 2 Jahren war der in diesem Fall Hauptbeschuldigte beteiligt, als der Sohn von Martin Romer verprügelt wurde. Der zweite Sohn wurde mehrfach erpresst. Am Arbeitsplatz von Martin Romer äussern sich viele Leute, dass sie in Dietikon Angst haben. Erst eine Anzeige bei der Polizei nützt bei derartigen Vorfällen. Man kann Vorkommnisse nicht ohne Anzeige klären. Vorgängige Gespräche haben nichts genützt.

Lucas Neff (Grüne) ist froh, dass der betreffende Jugendliche nicht frei herumläuft. Er hat vor einiger Zeit einen ausländischen Jugendlichen im Sinne einer Wiedereingliederung in ein Praktikum aufgenommen. Dieser erzählte, dass er türkische Eltern hat, die aus finanziellen Gründen in der Schweiz arbeiteten. Er und sein Bruder mussten jedoch bei den Grosseltern in der Türkei bleiben. Seine Eltern hat er nur selten gesehen. Als sie beide dann auch in der Schweiz waren, wurden sie gemobbt und angepöbelt. In diesen Situationen müssen Lösungen gesucht werden. Die weitergehenden Probleme sind anzupacken.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Peter Wettler (SP) beginnt sein Votum mit einem Zitat: "Die braune Liesel kenn ich am Geläut". Das sagt der Seppi zum Hirt Kuoni im ersten Aufzug in der ersten Szene von Schillers Tell. Daran hat sich Peter Wettler erinnert, als er dem dringlichen Interpellanten zugehört hat. Peter Wettler war früher selbst Hirt und hat auch erlebt, dass sich ein Rindvieh in einer Felswand versteigen hat. Bei uns im Gemeinderat versteigen sich auch hin und wieder Gemeinderäte und verlieren den Boden der humanitären Schweizer Tradition unter den Füßen. Herr Burtscher ist schon vor 13 Jahren auf-gefallen, als er getrennte Klassen für Schweizer- und Ausländerkinder forderte.

Burtscher muss die Steigerungsform von "burtsch" sein. Ein Nachschlagen im deutschen Wörterbuch zeigte, dass der Begriff nichts heisst. Peter Wettler schlägt daher vor, die Wortsilbe "burtsch" mit einem Sinn zu beseelen, als neue Masseinheit im Umgang mit fremden Ethnien. 1 Burtsch heisst fremdenfreundlich, 2 wäre anständig und 3 vielleicht gleichgültig gegenüber Fremden. 10 Burtsch hingegen, das wäre dann fremdenfeindlich und rassistisch, also neofaschistisch. Nach dem Empfinden von Peter Wettler hat die vorhin vorgetragene Begründung der dringlichen Interpellation 8 - 9 Burtschpunkte verdient. Die Skala kann nicht nach oben offen sein, wie die Richter-Skala der Seismologen. Aber Auftritte wie jener von Herrn Burtscher führen im Schweizer Land und über die Grenzen hinaus zu Erschütterungen. Peter Wettler ist jedenfalls sehr erschüttert.

Markus Erni (SVP) stellt im Sinne eines Ordnungsantrages fest, dass Herr Wettler seine Anfeindungen unterlassen soll.

Ratspräsident Werner Hogg (FDP) ermahnt Peter Wettler, sich zur Sache zu äussern.

Peter Wettler erklärt, dass Herr Burtscher so viel Hass gesät hat.

Roger Bachmann (SVP) stellt den Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion.

Ratspräsident Werner Hogg (FDP) unterbricht die Diskussion und bringt den Ordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion wird mit 19 : 6 Stimmen angenommen. (Vereinzelte Gemeinderatsmitglieder haben zu diesem Zeitpunkt bereits den Saal verlassen.)

Ratspräsident Werner Hogg erklärt die Diskussion als beendet. Die dringliche Interpellation gilt damit als erledigt. Angesichts der vorgerückten Stunde erklärt er ausserdem die Sitzung als geschlossen.

Lucas Neff (Grüne) interveniert und stellt fest, dass die weiteren Traktanden durch die Behandlung der dringlichen Interpellation so zurückgeschoben wurden, dass sie nicht mehr behandelt werden können. Man müsste mindestens bis zum Traktandum 5 weiter beraten.

Ratspräsident Werner Hogg lässt darüber abstimmen, ob die Sitzung weitergeführt werden soll.

9. Sitzung vom 4. November 2010

Abstimmung

Mit 10 : 19 Stimmen spricht sich der Gemeinderat gegen eine Weiterführung der Sitzung aus.

Ratspräsident Werner Hogg schliesst daraufhin die Sitzung definitiv.

Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

Werner Hogg
Präsident

Daniel Müller
Sekretär

Adrian Larcher
Stimmzähler

Irene Wiederkehr
Stimmzählerin

Stephan Wittwer
Stimmzähler